Erscheint Mittwochs, Kon.-Schluß: Sonntag.

Vierteljährl. Abonnement 1.50 Goldmark.

Anzeigenpreis: 4 mm. Nonpareillezeile (Nebenbetrieb ausgeschl.) 0.40 Goldmark. Stellenanz. - Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Verantwortlicher Redakteur: Otto Treffitsch, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 40.3. Geschäftsz. Redakt.: Nürnberg 1, Obere Wunderstraße 1, 4 Zahlungen: Postscheckkonto 20000 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nummer 52 — Nürnberg, den 23. Dezember 1925 — 39. Jahrgang

Die Folgen der verfehlten Wirtschaftsführung.

Der Bundesausschuß des A. D. G. B. hielt am 8. Dezember eine Sitzung ab, die sich vor allem mit der jetzigen Wirtschaftskrise und ihren schweren sozialen Folgeerscheinungen für Millionen von Arbeitern und Angestellten beschäftigte. Im Anschluß an eine eingehende Debatte faßte der Bundesausschuß die **Resolutionen**, die er zur **Ueberwindung der Wirtschaftskrise** und zur Erleichterung des Schicksals der von ihren Auswirkungen betroffenen Arbeitnehmer zu stellen hat, in folgender einstimmig angenommenen Entschließung zusammen:

„Durch die augenblickliche **Wirtschaftskrise sind bereits mehr als eine Million Arbeiter völlig aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet** und weitere große Massen **nur noch teilweise** beschäftigt. Die Gewerkschaften haben unablässig und **schon zu Zeiten, als die wirtschaftlichen Voraussetzungen günstiger waren**, die Vereinigung der Wirtschaft von allen **parasitären Gebilden und überflüssigen Kosten** gefordert. Das ist leider erfolglos geblieben. Das **Unternehmertum** hat die Bereinigung der Wirtschaft nur im Abbau der Sozialpolitik, in der Entlassung von Arbeitnehmern, in einer Niedrighaltung der Arbeitslöhne und Verlängerung der Arbeitszeit gesehen. Gehörchen sind die überflüssigen Unternehmerexistenzen, die viel zu vielen Direktoren, leitenden Beamten und Aufsichtspersonen, der Leerlauf unangenutzter Produktionsmittel, die viel zu hohen Handelsspesen und Zwischengewinne sowie die unerträglich hohen Geldzinsen. Während auf der einen Seite die Kaufkraft der breiten Massen abgedrosselt wurde, unterblieb auf der anderen Seite die notwendige und mögliche Senkung der Preise. Das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und Warenpreisen mußte zu einer Absatz- und damit auch zu einer Produktionskrise führen.

Aus dieser Erkenntnis geht mit vollkommener Klarheit hervor, daß diese Krise nicht behoben werden kann durch eine weitere Senkung der Löhne und der Kaufkraft der noch Arbeitenden, sondern daß dies im Gegenteil unfehlbar zur Verschärfung und Verlängerung der Krise führen müßte. Zur Gesundung der Wirtschaft ist die **Hebung der Kaufkraft** der breiten Masse ein unbedingtes Erfordernis. Nichtsdestoweniger mehren sich die Meldungen, daß Unternehmer die gegenwärtige Notlage dazu ausnützen, unter Androhung der Entlassung willkürlich Lohnkürzungen vorzunehmen. Aus sozialen und allgemein volkswirtschaftlichen Gründen legen die Gewerkschaften gegen diese Versuche schärfste Verwahrung ein und fordern bei dem gerechten Abwehrkampf **alle mögliche Unterstützung der Oeffentlichkeit und der Behörden.**

Der Bundesausschuß versichert sich nicht der Erkenntnis, daß neben den Fehlern und Versäumnissen der inneren Wirtschaftsführung krankhafte Erscheinungen in der Weltwirtschaft und besonders der europäischen Wirtschaft die deutsche Wirtschaftskrise verschärfen. Statt durch die Herstellung einer europäischen Wirtschaftseinheit eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung in allen Ländern zu schaffen, werden um die einzelnen nationalen Wirtschaften **Zollmauern** errichtet und erhöht. Der Wahnsinn dieses Beginnens wird durch die gleichzeitige Krise in den verschiedenen Ländern Europas aufs anschaulichste illustriert. Die Gewerkschaften richten an die Reichsregierung das dringende Verlangen, energisch und führend die Pläne einer wirtschaftlichen Verständigung der europäischen Länder zu fördern.

Den **Opfern** der durch eine **verfehlte Wirtschaftsführung** hervorgerufenen Krise die Lebensmöglichkeit zu sichern und ihre Arbeitskraft zu erhalten, ist ein unbedingtes soziales sowie volkswirtschaftliches Gebot. Die bisher vom Reichstagsausschuß beschlossene **Erhöhung** der Erwerbslosenunterstützung kann den tatsächlichen Bedürfnissen in **keiner Weise genügen.** Neben einer ausreichenden Unterstützung völlig Arbeitsloser ist auch **Kurzarbeitern** eine solche zu gewähren. Ferner sind die den Bezug von Unterstützung vielfach einschränkenden Bestimmungen der heute noch bestehenden Notverordnung über Erwerbslosenfürsorge zu ändern bzw. zu beseitigen. Der produktiven Erwerbslosenfürsorge müssen von Reich und Staat die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Arbeitslosen mit wirtschaftlichen Notstandsarbeiten umfassend zu beschäftigen. Für die Durchführung von Notstandsarbeiten, Verrechnung von Arbeitsaufträgen und Arbeitsbeschaffung ist ein enges Zusammenarbeiten aller Reichsämter, der einzelnen Länder und Gemeinden notwendig. Um eine klare Rechtsgrundlage der fürsorgerischen Erwerbslosenfürsorge zu schaffen, ist eine bestimmte Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unerläßlich."

Neujahr!

Auf zum Kampf!

Auf zum Kampf mit frischem Mut,
Tapf're Kampfgenossen!
Für die Freiheit Gut und Blut,
Willig, unverdrossen!
Vorwärts, auf- und sonnenwärts!
Kühl der Kopf und warm das Herz!

Zeiten wechseln, Jahr ist neu,
Fahne bleibt die alte.
Zu der alten Fahne treu
Jeder Wack're halte.
War davonlauft, ist ein Tropf.
Warm das Herz und kühl der Kopf!

Zahlreich ist der Feinde Schaar,
Die uns ringe umgeben:
Uns erschreckt nicht die Gefahr,
Doch die Feinde beben.
Kraftgestählt ist unser Arm,
Kühl der Kopf, das Herz ist warm!

Feurig lodert's in der Brust,
Stürmt der Seele Flügel.
Aber wilde Tatenlust
Hält Vernunft im Zügel.
Immer näher rückt das Ziel.
Warm das Herz, der Kopf sei kühl!

*

Gedanken zu Neujahr!

Der Neujahrstag ist der Tag des Rückblicks und des Vorwärtsschauens, des Gedenkens und des Wollens, der Erinnerung und des Glaubens. Und wenn dem einzelnen das vergangene Jahr auch noch so übel gewesen: mit neuem Hoffen geht jede, das neue Jahr hinein. Und darum überschreiten viele Menschen in großer Aufgeregtheit diesen Meilenstein ihres Lebens, und in heiterer Stimmung beglückwünschen sie sich, wenn die Glocken des Scheidens des alten Jahres zu tönen beginnen. Ein neues Bild: Leben soll sich vollziehen im Menschenheim, besser als das gewesene.

Während die Menschen so ihre Feier des neuen Hoffens begehen, feiert die Unendlichkeit droben ihr Neujahrsfest. Die Erde hat ihren Lauf durch das All um die Sonne vollendet und mit der gleichen, ewigen Gesetzmäßigkeit haben die anderen Splitter des Alls ihren Lauf als Gefährten der Sonne unablässig. Und wenn sie sich drunten im Unendlichen ärgern, grämen sie die Gewohnheit weiter auf ihrer Bahn. Nach ehernen Gesetzen vollzieht sich ihr Lauf, und es ist zu erkennen, wann und wo sie sich wiedersehen und wann wieder Silvesterkerne herabschauen auf die Erdenwelt.

Gesetzmäßigkeit ist der Natur ewiges Weben. Nach ehernen Gesetzen wurde die Erde, nach ehernen Gesetzen bis zur Gegenwart. Und Organisation ist der Sinn dieses ewigen Wachens. Entwicklung heißt organisatorisches Wachsen zur Harmonie. Nur das organisatorische Ineinander ermöglicht das Gefüge der Sterne, und je höher auf Erden der organisatorische Gedanke in die Erscheinung tritt, um so größer ist die Entwicklung, um so höher die Harmonie, um so vollendeter das Leben. Die Erde hat ihren Planlauf um die Sonne beendet: Laßt uns im neuen Jahre kämpfend streben um Plan und Ordnung im Menschenheim! Denn handeln wir im Sinne der heiligen Sprache der Sterne, die da heißt: Ordnung nach ewigem, ehernem, großem Gesetz.

Ordnung! Nicht Zaune und Mäuler! Nicht wirtschaftliche Gewalt! Nicht wirtschaftlicher Zufall! Nicht wirtschaftliche Planlosigkeit mit ihren Krisen, ihrer Arbeitslosigkeit, ihrer Not! Nein! Ordnung! Auch der Mensch soll frei sein, seine natürliche Lebenskräfte, frei, und darum vereint, daß er frei sei. Wer als einzelner frei, erfüllt nicht das Menschen Sinn. Er ist schwach. Er ist Spielzeug der Macht, Nußschale auf dem wogenden Meere des kapitalistischen Herrentums. Er muß mit Zorn hineinsehen ins neue Jahr. Er kann schon so sein, daß er leider werden unserer nach so niederen Stufe des organisatorischen Wachsens der Gesellschaft, weil er nicht erhalten wird von einem Genien, das kämpfend Recht und Gerechtigkeit erzwingt. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß des arbeitenden Volkes ist die schöpferische Kraft am Aufbau der Welt. Du sollst als volles berechtigtes Glied sein und sicher gefaßt sein ins Leben! Das ist Verwirklichung des Naturgedankens. Das ist die einzige Ordnung im Leute. Und darum mit frohem Mute hinein ins neue Jahr zu solchem Kampfe, da solch ein Kampf um Recht in der Gemeinschaft nicht nur dein Vorteil, sondern auch der Sinn des Lebens ist.

Der Popanz Handelsbilanz.

Seit einigen Jahren pflegen die Praktiker und die Wirtschaftsjournalisten eines großen Teils, auch der angeschenen Presse, in tiefsinnige, sammende Betrachtungen zu verfallen, wenn allmonatlich die Zahlen der Ein- und Ausfuhrbewegung feststehen, oder wenn der Jahresüberblick über die Handelsbilanz bekannt wird. Dann ist wieder einmal Gelegenheit, über die Notwendigkeit der Ausfuhrsteigerung zu reden, über die drückenden Lasten des Londoner Abkommens für die Industrie, die die Herstellungskosten im nächsten Jahre erhöhen werden, und der letzte Seufzer ist meistens: nur Intensität der Wirtschaft kann uns retten, womit natürlich gemeint ist, erhöhte und verlängerte Arbeitsleistung bei der Arbeiterschaft.

Früher wurde die Frage der Brauchbarkeit der Handelsbilanz als Spiegelbild der Wirtschaftslage wenigstens von Zeit zu Zeit diskutiert, wenn auch nicht viel dabei herauskam. Neuerdings, wo nun aber während des Krieges die Fachleute und Theoretiker schwiegen oder versagten, wo „politische Gründe" es verlangten, scheint heute, wo die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Zentralproblem wird, aus diesen bekannten politischen und andern Gründen der große Teil der Gelehrten und Literaten den Unsinn wieder erneuern zu lassen, der mit dem Begriff der passiven Handelsbilanz getrieben wird. Mit diesen falschen Vorstellungen aber aufzuräumen, haben wir ein ganz besonderes Interesse, weil die Schlußfolgerungen meist gegen die sozialistische Arbeiterschaft ausgewertet werden. Denn mit diesem Zauberinstrument sucht der Syndikus des Unternehmerverbandes bei den Tarifverhandlungen seine Forderungen bzw. „Verabredungen" zu begründen, und es gibt leider auch sozialistische Zeitungen, die aus Unkenntnis kommentarlos die Handelsbilanzzahlen nebst ihren offiziösen Schwätzen nachdrucken. Demgegenüber sei folgendes festgestellt:

1. Der Stand der Handelsbilanz ist kein sicherer Maßstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes. Passive Handelsbilanz, also Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, bedeutet noch lange nicht Passivität der Wirtschaft. Das mögen einige Beispiele näher erläutern. Deutschland und viele hochkapitalistische Länder hatten vor dem Kriege **passive Handelsbilanz**, waren jedoch bestimmt in einem Zustande wachsender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Wenn man gar international die Handelsbilanzen vergleicht, läßt sich absolut keine Regel und keine Gruppenbildung nach dem Maßstabe wirtschaftlicher Entwicklung auf Grund der Handelsbilanz feststellen, denn viele Länder mit aktiver Handelsbilanz sind wirtschaftlich wenig leistungsfähig und umgekehrt. Auch wenn man die Handelsbilanz im Rahmen der **Zahlungsbilanz** betrachtet und beispielsweise bei der augenblicklichen deutschen Lage darauf hinweist, daß innerhalb der Zahlungsbilanz der Warenaustausch den Hauptposten bildet, läßt sich keine einheitliche Tendenz und kein unbedingter Zusammenhang mit der Wirtschaftskraft des Landes erkennen. Man denke nur an die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz: die deutsche Zahlungsbilanz ist vor dem Kriege dauernd passiv gewesen, und der Saldo war so groß, daß er durch der obere Waren kaum hätte ausgeglichen werden können, sondern der Vorgang war so: Die Bereicherung der Nachbarschaftlichen als einzel- und privatwirtschaftliche Tausch- und Schuldvorgänge ist jeweils ausgeglichen oder besser kompensiert worden durch sachgerechte Verschuldung an die starkstem innerwirtschaftlichen Kapitalmächte. Die Folge war dann eben Ueberspannung im Innern, die so vor dem Kriege in Deutschland absolut keine Seltenheit war. Die Tatsache der Ueberspannung wieder braucht an sich nicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einzuwirken. Außerdem: Ist es vielleicht ein Zeichen wirtschaftlicher Blüte, wenn Deutschland infolge von **Unterkonsumtion** so billig seine Produkte herstellen kann, daß die Ausfuhr die Einfuhrziffern überfleigt und dabei seine Arbeiterschaft verelendet? Und auf der andern Seite: Wenn die Einfuhr lediglich oder im wesentlichen **produktiven** Zwecken dient (in der Wirkung passive Handelsbilanz), muß da die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes herabgedrückt werden? Schon diese wenigen Beispiele zeigen also, daß die Handels- und auch die passive Zahlungsbilanz kein Maßstab für die jeweilige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes sind.

2. Fast alle amtlichen statistischen Zahlen über den Stand der Handelsbilanz sind unzuverlässig, gefärbt oder gefälscht. So steht heute einwandfrei fest, daß zumindest bis zum Jahre 1923 die amtlichen Zahlen des letzten Jahrzehnts vollkommen unbrauchbar sind. Bei der Errechnung der Handelsstatistik herrschte aus naheliegenden Gründen die Tendenz, die Einfuhr zu hoch und die Ausfuhr zu niedrig erscheinen zu lassen, und außerdem waren die angewandten Methoden so primitiv und ungenügend, daß die deutsche Statistik seit jenen Kriegs- und Nachkriegsjahren international ziemlich im Verruf gekommen ist, besonders nach der Blamage auf der Brüsseler Konferenz. Wie beispielsweise das Reichsstatistische Amt in den Jahren 1922 und 1923 bei der Handelsbilanz Passivposten von mehreren Milliarden Mark errechnete, ist nach zuverlässigen Privatberechnungen die Passivität im Höchstfalle eine halbe Milliarde Mark, wahrscheinlicher aber bestand eine geringe Aktivität. Im letzten Jahre soll die deutsche Handelsbilanz nach den amtlichen Zahlen mit 2,7 Milliarden passiv gewesen sein. Dazu ist zu sagen, daß die Wertberechnung noch immer nach ziemlich unvollkommenen Methoden erfolgt und daß die Methoden der Errechnung während 1924 wiederholt geändert worden sind. So erfolgt heute die Feststellung der eingeführten Werte auf Grund der Schätzung der Zollstelle, wobei die Preise für unwichtige Waren einmal im Jahre, für wichtige Handelswaren einmal im Monat (!) von einer eingesetzten Kommission vorgenommen werden. Die Ausfuhr wird zurzeit auf Grund der Deklaration der Absender eingesetzt. Schließlich fehlen für die deutsche Handelsstatistik des letzten Jahres die Ziffern für den Teil des besetzten Gebietes, die bei der Londoner Konferenz nicht in deutscher Hand war und der das Bild unter Umständen sehr verschiebt. Am Ende ist jede Wertfestsetzung, die auf Preisberechnung beruht, für **volkswirtschaftliche** Betrachtung unzulänglich, weil der Preis nur ein privatwirtschaftlich brauchbarer Maßstab ist. Oder ist denn eine Ware volkswirtschaftlich mehr oder weniger nützlich, wenn der Preis steigt oder fällt? Allerdings scheitert an diesem für die kapitalistische Wirtschaft unlösbaren Problem die gesamte Handelsstatistik, was in den Zeiten großer Preisschwankungen, wie es die letzten Jahre waren, sehr deutlich in der Ungenauigkeit und Unzuverlässigkeit aller auf Wertberechnung beruhenden Statistiken zum Ausdruck kommt. Die „Bestimmtheit" der deutschen Handelsbilanz des Vorjahres in Höhe von 2,7 Milliarden Mark dürfte nach zweifelhafter Berechnung deshalb viel, viel geringer sein **abgesehen davon, daß sie absolut noch nichts über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands sagen würde.** Im Gegenteil erkennt heute auch der volkswirtschaftlich wenig Geschulte, daß im letzten Jahre die deutsche Wirtschaft weder ärmer, noch auch weniger leistungsfähig gegenüber dem Vorjahre geworden ist, was aber aus dem Vergleich der Handelsbilanzen von 1923 und 1924 unbedingt hervorgehen müßte!

3. Passive Handelsbilanz kann in Deutschland heute ein Zeichen gesteigerter Wirtschaftskraft sein. Der erhöhte Einfuhr geht nämlich zum großen Teile auf **Auslandskredite** zurück, die nicht in bar nach Deutschland geschickt, sondern in Form des Warenbezugs aus dem Auslande erfährt werden. Auslandskredit heißt für Deutschland heute zusätzliche Einfuhr. Diese Kredite gewährt das Ausland nur an gesunde und aussichtsreiche private und öffentliche Unternehmungen, und sie wirken volkswirtschaftlich durchaus günstig, wenn sie zur Produktion und nicht zum Verzehr verwendet werden. Erhöhte Produktion oder bedeutet Steigen der Beschäftigungsziffer, Zunahme der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

4. Die Gründe für die Verewigung der Handelsbilanz als Maßstab wirtschaftlicher Entwicklung sind mehrfacher Art. Die Theorie der Handelsbilanz geht auf die merkantilistische Vorstellung zurück, ob ob die Volkswirtschaft ein großer, in sich geschlossener Handelsbetrieb sei, in der Eingang und Ausgang zu buchen und die „Bilanz" nach dem privatwirtschaftlichen Prinzip aufzustellen sei, ob ein Gewinn oder ein Verlust eingetreten sei. Aber, selbst wenn man in diese „Bilanz" den sogenannten unsichtbaren Verkehr, die Kapital- und Geldübertragung einrechnet, ist diese Vorstellung noch vollkommen falsch, denn wer ist denn bei dieser Rechnung Bilanzträger? Der „Staat" hat keinen Verlust oder Gewinn zu tragen! Die Volkswirtschaft kann eben nicht als Erwerbswirtschaft betrachtet werden wie die Einzelwirtschaft, der es darauf ankommt, einen Geldüberschuß zu erzielen. In diesem Sinne ist die Volkswirtschaft keine Einheit und die Frage des volkswirtschaftlichen Nutzens oder Schadens eine falsche Fragestellung. Die Erkenntnis und das Eingeständnis dieser Tatsachen würde manchem „nationalen" Wirtschaftler die Argumente für seine insinuiert abgeleitete Propaganda gegenüber den Wirkungen der Reparationen und des Londoner Abkommens nehmen. Außerdem liegt die Mißachtung dieser Tatsachen darin, daß sich der Privatwirtschaftler meist nicht um die Volkswirtschaft und der Volkswirtschaftler nicht um die Probleme und Gesetze der Privatwirtschaft kümmert, was bei dieser auf der Grenze zwischen beiden liegenden Frage besonders verhängnisvoll ist. Und daß die deutsche Statistik so schlecht ist, liegt nicht zuletzt daran, daß die Reichsbank so großen Einfluß auf die Reichsstatistik hatte, und der leitende Beamte des Statistischen Amtes bis vor kurzem kein Statistiker von Fach, sondern wie es früher üblich war, ein Bermögensjurist war.

Die „schauerliche Fabelwelt" der Handelsbilanz, die durch „erhöhte Arbeitsleistung" usw. zu beseitigen ist, darf deshalb fernerhin nicht mehr als Popanz dienen! ew.

Rundschau.

Kurze Nachrichten.

Zur Steuerrechtsprechung. Der Steuerausschuß des Reichstages beschloß, den steuerlichen Verlustvortrag und die Kinderermäßigung zu erhöhen. Beim Kinderlos stellen sich die Kinderermäßigungen 1200 ℳ als Kinderzulage [illegible]

betrag, 210 ℳ zur Abgeltung der Verbundkosten und 240 ℳ zur Abgeltung der Sonderleistungen. Das Einkommensteuergesetz vom 30. August 1925 im § 50 wird dahin geändert, daß die Einkommensteuer nicht erhoben wird, wenn die Einnahmen des Steuerpflichtigen weniger als 1300 ℳ im Jahre betragen. Der Betrag von 1300 ℳ erhöht sich für die zum Haushalt des Steuerpflichtigen zählende Ehefrau und die zu seiner Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder um folgende Beträge: 1. für die Ehefrau um 100 ℳ, 2. für das erste Kind um 100 ℳ, 3. für das zweite Kind um 180 ℳ, 4. für das dritte Kind um 360 ℳ, 5. für das vierte Kind um 540 ℳ, 6. für das fünfte und jedes folgende Kind um je 720 ℳ. Die endgültige Beschlußfassung des Reichsrates steht noch aus.

Die Erwerbslosenfürsorge. Die zuständigen Reichsratsausschüsse waren zu dem Beschlusse gelangt, die Erwerbslosenunterstützungssätze um 30 Prozent zu erhöhen. Vor dem Reichsrate trat die Regierung mit dem Vorschlage hervor, die Erhöhung nur auf 20 Prozent zu bemessen. Im Reichstage sind die bürgerlichen Parteien dann auch umgefallen.

Die Sätze für die Hauptunterstützten werden um 20 Prozent, die Familienzuschläge um 10 Prozent, die Zusatzbeiträge um 10 Prozent erhöht. Für einmalige Hilfe an Angestellte und nichtverficherungspflichtige Angestellte werden der Wohlfahrtspflege fünf Millionen Mark überwiesen. Die Wiedereinführung der Altersarbeitsunterstützung wurde abgelehnt.

Der Beschluß wird der Not der Erwerbslosen dadurch nicht gerecht. Die Arbeiterparteien werden sich deshalb für eine weitere Erhöhung einsetzen müssen. Den Erwerbslosen, Kurzarbeitern und ihren Angehörigen muß geholfen werden, dann das nicht durch Beschaffung von Arbeit geschehen, dann muß es durch erhöhte Unterstützung erfolgen.

Durch eine Verordnung ist der Ausnahmezustand in Bayern endlich aufgehoben worden. Die Beschlagnahme von Plakaten, auch Versammlungsverboten, sind immer noch aufrechterhalten worden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, nach dem für die Invalidenrenten um fünf Mark aus Reichsmitteln und um fünf Mark aus Arbeitern der Invalidenversicherung erhöht werden soll. Außerdem wird für Witwen, deren Mann vor dem 1. Januar 1912 verstorben ist oder invalid wurde, die Gewährung einer Rente vorgesehen und weiter die Berücksichtigung weiterer Härten in der Rentengewährung.

Nach einem bereits vorliegenden Beschluß sollte überall bis 1. April 1926 die volle Friedensmiete zur Einführung gelangen. Die Zentralbehörde hat ausgeführt, im Anhang der Bevölkerung den Antrag erteilt dahin lautend, daß bis zum 1. April 1927 die Friedensmiete nicht überschritten werden darf.

Die Räumung der Stadt Köln von englischer Besetzung und des zur gleichen Besatzungszone gehörigen Bezirks hat am 1. Dezember entsprechend dem Vertrage von Versailles und den Uebereinkommen von Locarno begonnen.

Die Konkursziffer geht nach oben. Der November schlägt auf dem Gebiete der Konkurse und Geschäftsaufsichten den Rekord. Die Entwicklung in diesem Monat ging, verglichen mit den beiden Vormonaten, folgendermaßen vor sich:

	September	Oktober	November
Konkurse	914	1152	1344
Geschäftsaufsichten	452	589	921

Die Erwerbslosen in Polen. Die Zahl der Erwerbslosen in Polen ist in letzter Zeit erheblich gestiegen. 261,800 Arbeitslose sind registriert.

Die Arbeitslosigkeit in Norwegen ist in fortgesetzter starker Steigerung begriffen. Am 15. Oktober zählte man 25,000 Arbeitslose, damit nähert man sich beträchtlich der hohen Zahl des Rekordjahres 1921. Mit dem Vorjahre verglichen, ist die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre 100 Prozent größer.

Die **italienische Kammer** hat die grundsätze des faschistischen Arbeitsarbeitsgebung angenommen. Danach werden **Aussperrungen und Streiks verboten.** Für jeden erfolgten Streik ist eine Strafe von 10,000 bis 100,000 Lire zu zahlen. Es wird ein besonderes Kriegsgericht geschaffen, dessen Entscheidung endgültig ist.

Und wenn Mussolini hinter jeden Arbeiter und Unternehmer eine Kanone stellt, die Wirtschaft geht doch ihre eigenen Wege.

Die Weltwirtschaftskrise nach dem kapitalistischen Geld- und Kredit-Gesichtspunkt.

In der vorigen Woche sprach im großen Saale der Berliner Börse Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die Eindrücke seiner amerikanischen Reise. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Es waren wohl 3000 Personen anwesend, darunter Vertreter der Behörden, der Berliner Finanz, Wissenschaft, Presse usw. Auch die Regierung hatte Vertreter entsandt, unter anderen war Reichswirtschaftsminister Curtius erschienen.

Dr. Schacht legte seinen Ausführungen die Frage zugrunde, **was die deutsche Wirtschaft von Amerika zu erwarten hat.** Dazu führte er aus, daß das Amerikabild völlig anderte. **Europa, das früher Mittelpunkt der Welt war, liegt heute an der Peripherie.** Zwar sind die Fäden zwischen Europa und Amerika, nicht zerrissen, aber der Unterschied ist der, daß Amerika heute die Fäden in der Hand hält. Für Amerika besteht Interesse für Deutschland, soweit ein Deutschland nur im Rahmen des gesamteuropäischen Problems wirtschaftlich. Man hat Vertrauen in die deutsche Lebensfähigkeit und bewundert die organisatorische Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Aber man kann Deutschland nur als Bestandteil Europas betrachten. Für den Amerikaner ist Deutschland mit Europa auf Gedeih und Verderb verbunden. Er ist der Auffassung, Deutschland zu helfen und seine Wirtschaftskraft zu entwickeln, heißt es Europa helfen muß.

Schacht führte weiter aus, daß sich diese Hilfe vor allen Dingen auf finanziellem Gebiete betätigen wird und wies darauf hin, daß Amerika ein langes Gedächtnis hat. Man schätzt in Neuyork die Erfahrungen der Londoner City und lehnt im Geschäftsgebaren an London an. Man will in dieser Beziehung keine Änderung. Deshalb ist es für Deutschland richtig, wenn es in seinem Finanzverkehr neben Neuyork auch London verwendet. Der Schuldtilgung der deutschen Mark wird in Amerika durchaus als Leistung anerkannt. Ebenso groß ist das Vertrauen in den Dawesplan. Die Schuldenpolitik Amerika erblickt in dem Dawesplan ein Mittel für die Herbeiführung erträglicher wirtschaftlicher Zustände in der Welt. Auch empfindet man Befriedigung darüber, daß der Wiederaufbau in Deutschland, Parker, in vollem Einvernehmen mit den deutschen Stellen arbeitet. Ueber Locarno besteht vielfach ein einheitliches Urteil. Man schätzt das das Werk von Locarno dadurch ein, daß dadurch die Kriegsfrüchte aus dem Wege geräumt worden sind, die einer Rekonstruktion Europas im Wege standen. An dieser Rekonstruktion mitzuarbeiten, ist Amerika bereit.

Hier kommt, so führt Dr. Schacht weiter aus, vor allem das internationale Schuldenproblem in Frage. Voraussetzung für die Regelung des internationalen Schuldenproblems ist die legale Anerkennung der Schulden durch die verschiedenen Schuldnerstaaten. Weiter ist Voraussetzung die Aufstellung eines Planes zur Abtragung dieser Schulden, ohne daß das wirtschaftliche Gleichgewicht in der Welt gestört wird. Im allgemeinen wird der Mißerfolg der französischen Schuldenregelung in Amerika lebhaft bedauert. Irrtümlich hat man in Amerika den Beschluß Briands und den Willen zu einer solchen Klärung. Diese Klärung wird aber gegenüber Belgien aber entweder als gegenüber Paris. Trotzdem Belgien zahlreiche Anleihen aufgenommen hat, steht ihm heute der amerikanische Geldmarkt offen. Einen sehr schlechten Eindruck hat in Amerika der Fehlschlag der politischen Union Zollunion gemacht.

Im übrigen ist man in Amerika durchaus individualistisch eingestellt. Eine Regierung, die in wirtschaftlichen Verhältnissen Vorbehalt spielen will, wird immer in Amerika auf Ablehnung stoßen. Man empfindet hier die Auswüchse des Kapitalismus und weiß, daß sie Grund und Ursache der Bolschewisierung sind. Die Abwehr des Bolschewismus will man dadurch erreichen, daß sich die Vertreter des Kapitalismus dieser Gefahr und dieses Zusammenhanges bewußt werden. Durch diese Einstellung des kapitalistischen Amerikas läßt sich vieles in der Mentalität des amerikanischen Volkes erklären. Es ist nicht richtig, gegenüber den Amerikanern nur immer eine materielle Einstellung anzunehmen. Man will in Amerika die Prosperität aller, weil man darin die beste Bekämpfung des Bolschewismus und die Befriedung der Welt sieht. In diesem Zusammenhang wies Dr. Schacht darauf hin, daß am Tage des Waffenstillstandes die geleisteten Waffenstillstandsfilme immer die Aufschrift trugen: Laßt eins vergessen!

Dr. Schacht führte zum Schlusse aus, daß für Deutschland in erster Linie der amerikanische Geldmarkt von Wichtigkeit ist. Bei diesen Kreditien müsse aber Deutschland immer bedachten, daß jeder aufgenommene Kredit zurückgezahlt werden muß. Darum entspringt eine gewisse Gefahr des Auslandskredits. Eine solche Gefahr ist für Dr. Schacht nicht akut. Die Hohe eines jeden Auslandskredits begrenzt sich eben durch die Fähigkeit des ausländischen Geldmarktes. Kredite zu nehmen, und durch die inneren Verhältnisse in Deutschland. Klar ist, daß Amerika nicht solch gewaltige Summen hergeben kann, wie sich das gewisse Wirtschaftsphantasten in Deutschland vorstellen. Vorbedingung muß bleiben, daß Kredite nur zu produktiven Zwecken gegeben werden können. Deshalb muß man sich in Deutschland dagegen wehren, daß Länder und Kommunen Auslandskredite aufnehmen, die nicht direkt wirtschaftlichen Zwecken dienen. Schacht schätzt heute den von Deutschland aufgenommenen Auslandskredit auf 3 bis 3½ Milliarden. Im übrigen ist er der Auffassung, daß, wenn die Landwirtschaft, die Großindustrie und die elektrischen deutschen Werke ihre Auslandsanleihen durchführen, viel Geld in Deutschland frei werden muß, das der kleinen Industrie und den kleinen Betrieben zugute kommen werde. Dr. Schacht lehnt für die Reichsbank zur Zeit noch, wie es heißt, aus technischen Gründen, eine Herabsetzung des Diskontsatzes ab. Er schloß mit den Worten, daß wir gegenüber Amerika viel erreicht haben, daß es jetzt gilt, weiter zu arbeiten und das Schreien nach Auslandskrediten sowie Staatskrediten nicht der Situation entspreche.

Uns Sozialisten trennt überall von Hjalmar Schacht, dem Individualisten, eine Welt und in der Praxis, die in die Frage des Kaufschillings hinein, eine wesentlich andere Auffassung der Dinge. Trotzdem haben wir den Wunsch: Prosperiere Germaniens, legt eure Katechismen, eure Fibel und eure Historien für eine Zeitlang beiseite und seit mit der deutschen Jugend das, was Schacht am Donnerstag gesagt hat: Macht ihr die Zusammenhänge, an deren Schluß ein einiges Europa steht, verständlich. Lehrt ihr den Geist der Volksolidarität, des künftigen Europa, des wirklichen Friedens.

Den Ortsverwaltungen zur Beachtung!

Trefft überall Vorkehrungen, daß auch das

arbeitslose Mitglied

jede Woche die tägliche Nummer des „Schuhmacher" erhält!

Die Krise in der Schuh- und Lederindustrie.

Die Lage in der deutschen Lederindustrie hat in den letzten Wochen eine wesentliche Verschärfung erfahren. Die Erhebungen des Deutschen Lederarbeiterverbandes stellten schon für Anfang November fest, daß 5 Prozent des gesamten Mitgliederbestandes arbeitslos und 22 Prozent Kurzarbeiter sind. Seitdem sind weitere Verschlechterungen eingetreten. In der großen Lederzentrale Mülheim (Ruhr) sind über sieben Lederfabriken stillgelegt worden. Geschäftsverlautet, daß demnächst überhaupt die ganze Lederherstellung in Mülheim a. d. Ruhr eingestellt werden sollen. Ähnlich liegen die Dinge in der großen Lederindustrie Neumünster und in der Gerberstadt Elmshorn bei Hamburg. Auch die Lederfabriken im Brandenburgischen, Bayerischen und Thüringischen liegen weiter über zunehmende Zahlungseinstellungen und Konkurse, mit denen eine weitere Belastung der Arbeitsmarktes durch gänzliche Stillegungen oder durch Arbeitseinschränkungen Hand in Hand geht.

Wie sehr sich die Dinge zuspitzen, kann man an der Preisentwicklung auf unserem Häuteauktionen sehen. Die Nachfrage nach Rohmaterial hat sich ganz rapide vermindert, so daß z. B. die letzte Berliner Häuteauktion am 24. und 25. November eine Preissenkung von rund 30 bis 40 Prozent gebracht hat. Trotzdem liegen die Preise noch immer über Friedensstand. An der Berliner Häuteauktion ergaben sich z. B. folgende Preise:

	Juli 1914	15. Oktober 1925	25. November 1925
	(Je Pfund in Mark.)		
Ochsenhäute	0.64—0.66	0.76	0.65
Bullenhäute	0.66—0.69	0.86	0.70
Kuhhäute	0.67	0.55	0.52
Rind-häute	0.70	0.88	0.73
Kalbshäute	0.95	1.90	1.—

Rückwirkungen auf die Lederpreise in Form von Verbilligung sind aber bis jetzt noch nicht zu beobachten. Die Kölner Lederbörse notierte am 25. November ein Kilogramm „Sohlleder in Hälften" mit 4.10—4.50 ℳ gegenüber 4.20—4.60 ℳ am 4. November 1925. Der Friedenspreis betrug 3.30—3.60 ℳ. Für Rindboxcalf, zahlte man im Frieden pro Quadratfuß 0.95—1.10 ℳ, am 4. November aber 1.34—1.44 ℳ. Die Notierung vom 25. November brachte nur eine leichte Abschwächung auf 1.32—1.40 ℳ. Bei der Weitenwirkung auf den Häuteauktionen der letzten Woche ist aber auch zu beachten, daß die Gerbereien, hinter denen die Fleischermeister stehen, augenblicklich Interesse an einem Sinken der Häutepreise haben, um für die Freigabe der Häuteausfuhr aus Deutschland ein Argument zu gewinnen. Wenn dieses Interesse zweifellos eine Rolle in der Preisbildung spielt, ist doch nicht zu übersehen, daß infolge der schlechten Lage in der Lederindustrie die Aufnahmefähigkeit des Marktes ganz bedeutend gelitten hat.

Ähnlich wie in der Lederindustrie liegen die Dinge in der Schuhindustrie. Die Geschäftslage ist augenblicklich so ungünstig wie nur möglich. In dem großen Schuhzentrum Pirmasens in der Rheinpfalz sind in einem Zeitraum von 14 Tagen zwölf Insolvenzen von Schuhfabriken bekannt geworden. Von der Schärfe der Krise erhält man eine Vorstellung, wenn man die Entwicklung in der großen Schuhstadt Weißenfels beobachtet: von 120 Betrieben arbeiten dort gegenwärtig nur 79. Die übrigen sind durch Konkurs, Stillegung usw. völlig ausgeschaltet.

Ueber die Kurzarbeit in der Schuhindustrie Bayerns (rechts des Rheins) nach dem Stande vom 1. Dezember wird folgendes berichtet:

Ort	Zahl der Betriebe	Gesamtbelegschaft	Vollzeitarbeiter	Tageweise Arbeiter: vorherrschend pro Woche um 1 bis 2 Tage	2 bis 3 Tage	3 Tage u. mehr
Augsburg	6	1186	112	532	29	513
Bamberg	3	434	171	245	—	18
Burglauntsfadt	5	1050	494	556	—	—
Eichstätt	1	115	67	48	—	—
Forth	2	58	46	—	—	12
Fürth	3	361	—	165	196	—
Herzogenaurach	6	315	260	—	—	55
Kronach	3	215	159	—	9	47
München	11	644	141	312	89	102
Naila	6	835	311	395	100	29
Nürnberg	8	2216	970	877	361	8
Pressel	2	117	48	—	—	69
Rehau	2	102	—	—	102	—
Selbitz	2	48	—	—	48	—
Schweinfurt	3	475	—	61	414	—
Würzburg	1	11	—	11	—	—
Wasserburg	1	37	—	—	37	—
17 Orte	64	8219	2779	3202	1385	853

Nicht eingerechnet in diese Aufstellung sind die Heimarbeiter, deren es in Herzogenaurach 100, in Naila 60 und in Nürnberg 175 gibt. Trotz bereits erfolgter einschneidender Arbeitszeitkürzungen insbesondere in Nürnberg und Augsburg ist der weitaus überwiegende Teil, beinahe drei Viertel der Belegschaften in diesen Orten auf Kurzarbeit gesetzt. Ein starker Prozentsatz der Arbeiter hat nur noch die halbe Woche Beschäftigungsmöglichkeit.

Die Entwicklung in der Schuhindustrie ist mit Besorgnis zu betrachten, denn die Zahlungsforderungen und Konkurse in der Schuhindustrie müssen sich automatisch auf die Rohindustrie, also die Lederwirtschaft übertragen, da bekanntlich zwischen der Leder- und Schuhindustrie in letzter Zeit stark mit Wechseln gearbeitet worden ist, von denen die Mehrzahl heute zu Protest geht. Die Folge davon ist, daß die Zahlungsunfähigkeit bei der Schuhindustrie auch auf die Lederindustrie, soweit diese noch nicht betroffen ist, übergreift, und es ist damit zu rechnen, daß diese Entwicklung die Krise in der Lederindustrie verschärfen wird.

Angesichts der Lage in der Schuhindustrie muß darauf verwiesen werden, daß der Bedarf greifbar vorhanden ist, aber die Kaufkraft der Massen reicht nicht aus, sich mit gutem Schuhwerk zu versorgen. Zugunsten ist diese Erscheinung der Grund für die Krise in der Leder und in der Schuhindustrie. Mittel zur Abhilfe können nur dadurch geschaffen werden, daß man hier zu einer Normalisierung der Preise kommt. Die Lederindustrie hat die Aufgabe, ihr Verhalten darauf einzustellen, daß die Häutepreise endlich auf den Normalstand herunter gehen.

Hoher oder niedriger Lohn?

Von Professor Lederer (Heidelberg).

Im Zusammenhang mit der schweren Wirtschaftskrise, die auch in England noch immer besorgt erörtert wird, stehen alle die Bestrebungen, durch Verbesserung der Organisation auf der einen Seite, durch Herabdrückung der Kosten, insbesondere der Lohnkosten auf der anderen Seite, die einzelnen Industrien wieder absatzfähig zu machen. Jede einzelne Industrie sucht aus ihrer inneren Verflechtung mit dem Markte heraus diesen Weg zu gehen, trotzdem man bereits erkannt hat, daß er für die Gesamtheit der Volkswirtschaft an sich widersprachsvoll ist. Man muß beinahe sagen, daß die Liquidation der Krise nur gelingen kann, wenn die Unternehmer als Schicht in ihren Bemühungen um die Verbesserung des Produktionsaufbaus Erfolg haben, wenn aber auf der anderen Seite ihre Absicht, die Löhne herabzusetzen, fehlschlägt. Denn nur dann können sie ja für die erweiterte Produktion, die in der Rationalisierung liegt, Absatz finden.

Das ist ein Zusammenhang, der leider noch immer im Prinzip verkannt wird. Auch in Deutschland finden ständig notwendige Umstellungen der Betriebe statt, welche eine Erweiterung der Produktion gestatten zur Voraussetzung haben. Diese Umstellungen setzen die Kosten der Produktion herab und würden meistens bei Fortdauer der bestehenden Marktlage einen glatten Absatz der Produkte möglich machen. Wenn aber gleichzeitig die Arbeitslosigkeit um sich greift und die Löhne sinken, so verschlechtert sich ja die Marktlage und auch die verbesserte und verbilligte Produktion kann keinen Absatz finden.

Dieser innere Widerspruch der kapitalistischen Entwicklung auf der einen Seite, der Lohnbewegung auf der anderen Seite, ist für den Aufbau der europäischen Industrie charakteristisch. Er hat sich daher auch immer nur unter heftigen Erschütterungen vollzogen. In der amerikanischen Industrie scheint in höherem Maße als in Europa sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß jeder Versuch zu einer Steigerung in der Leistungsfähigkeit der Industrie verhängnisvoll scheitern muß, wenn nicht die Aufnahmefähigkeit des Marktes gleichzeitig wächst. Es also die Löhne und Gehälter steigen. Bekanntlich hat ja Henry Ford diesen einfachen theoretischen Gedanken auch im Aufbau seines Unternehmens zum Ausdruck gebracht. Jedenfalls behauptet er, nicht die Praxis der Drosselung des Lohnniveaus zu befolgen, welche in Deutschland trotzdem das Kapitalistenlager gemacht hat, und eine Quelle ständiger Reibereien zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden bildet.

Im Gegensatz dazu hat in Amerika das Lohnniveau immer schon lange bevor Ford diese Theorie in so zugespitzter Form vertrat, eine ziemlich stetig aufsteigende Linie gezeigt. Es war immer die Ueberzeugung verbreitet, daß der Lebensstandard der Masse durch Verbesserung der Produktion breiter werden könne und müsse, und es war selten die Meinung vorhanden, daß eine steigende Lebenshaltung der Arbeiterschaft die Masse unzufrieden auffasse und schließlich politisch gefährlich machen könne. Freilich war die amerikanische Industrie keineswegs ein Ideal und es gab immer sehr viel Lohndruck, Schwitzarbeit, Ausbeutung der Einwanderer, Verfolgung der Organisationen, rücksichtslose Ausnutzung der Konjunkturen seitens der Unternehmer. Aber trotzdem hat der politische Ohnmacht der sozialistischen Partei und trotzdem die kapitalistischen Unternehmer und ihre Verbände stets auch politisch das Heft in der Hand hatten, hat sich doch verhältnismäßig früh eine breite Masse amerikanischer Arbeiterschaft mit gehobenen Lebensbedingungen herausgeschlossen und hat einen immer wichtigeren Teil des amerikanischen Marktes gebildet. Die Kaufkraft dieser Arbeiterschaft zu erhalten und zu erweitern, wurde bald als wichtiges Interesse der Unternehmerschaft erkannt, und so kann man sagen, daß sich derjenige Teil der nationalen Gesamtproduktion, der auf den Konsum der Arbeiterschaft eingestellt, ohne wesentliche Rückschläge erheblich ausgeweitet hat. Dem entspricht auch die amerikanische Auffassung, wonach bei den großen Kartelschaften der Union und in dem weiten, unbegrenzten Raum die Möglichkeit günstigen Verdienstes für jedermann gegeben sein muß. Auf dem Boden dieser Anschauung hat sich die Auffassung der Interessengemeinschaft zwischen der Produktion auf der einen Seite und der Arbeiterschaft auf der anderen Seite entwickelt. Sie hat mit die Industrie gewinnbringend arbeiten und so dauernd Arbeitsgelegenheit bieten können. Die amerikanische Industrie hat erkannt, daß Rationalisierung und Steigerung der Leistungsfähigkeit nur eine Seite eines Entwicklungsprozesses sind, in welchem

Arbeitslose Kollegen!

Haltet auch nach eventueller Aussteuerung die Verbindung mit der Ortsverwaltung aufrecht! Laßt auch die beitragsfreien Wochen im Buch durch Stempel bescheinigen! Die Wiederbelebung des Geschäftsganges muß die gesamte Schuharbeiterschaft sofort wieder gewappnet finden.

der Massenkonsum rasch wächst, während man in Europa vielfach noch in privatwirtschaftlichen Vorstellungen befangen, niedrige Löhne als Voraussetzung einer günstigen Geschäftslage ansieht. In Europa ist die Idee entstanden, daß der Lohn eine Belastung der Industrie sei, daß die Sozialpolitik die Konkurrenzfähigkeit herabsetze. Diese Denkweise bildet geradezu einen Hemmschuh für die Entfaltung der Wirtschaftskräfte, weil sie die rechtzeitige Erweiterung des Marktes immer wieder verzögert, weil sie keine großzügige Ausgestaltung der Produktion ermöglicht, und weil sie die ohnedies genügend vorhandenen Reibungsflächen im Wirtschaftsleben verbreitert. Nicht mit Unrecht hat ein englischer Schriftsteller diese Argumentation, welche sich auch in England häufig findet, dahin zugespitzt, daß die Industrie Schutz verlange gegenüber Produkten, die unter niedrigen Löhnen erzeugt werden, in demselben Atem aber Schutz verlange gegen Produkte, wie z. B. die Automobile von Ford, die unter besonders hohen Löhnen erzeugt werden. Eine grundsätzliche Ueberlegung muß also zeigen, daß den niedrigen Löhnen eine wenig zweckmäßige, langsame Produktionsmethode entspricht, während der rationalisierten, schnellen, intensiven Produktion hohe Löhne korrespondieren müssen. Gewiß würde auch die Durchsetzung dieses Gedankens weder das ökonomische Problem lösen, noch die sozialen Gegensätze aus der Welt schaffen oder die kapitalistische Produktionsweise befriedigend gestalten. Vor allem liegt ja auf der Bahn einer solchen Entwicklung die Vertretung, welche immer den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ins Politische übertragen wird, welche außerdem notwendig zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, und damit zur Weckung aller unabhängigen Gegentendenzen führen muß. Auch eine kapitalistische Wirtschaft mit hohen Löhnen würde darum das soziale Problem und die Frage, wie der Aufbau der Wirtschaft richtig gestaltet sein soll, nicht lösen, aber eine richtige Auffassung über die Bedeutung des Lohnes und seiner Entwicklung für die Volkswirtschaft würde den gewerkschaftlichen Kampf in eine etwas reinere Atmosphäre führen und viel überflüssige wirtschaftliche Gefahr in dieser notwendigen Auseinandersetzung ersparen.

Aus Beruf und Industrie.

Löhne, Arbeitsleistungen, Preise und Lebenshaltungskosten in Amerika.

Von der „Schuhfabrikanten-Zeitung" (Nr. 49 vom 6. Dezember) werden unsere Untersuchungen über Amerika als objektiv anerkannt, jedoch wird zugleich gesagt, daß wir mit dem Artikel des Herrn Wengel auch dessen vergleichende Lebensmittelstabelle hätten veröffentlichen sollen. Wir glaubten, auf die Wiedergabe dieser umfangreichen Tabelle verzichten zu sollen, weil es doch schließlich nur auf die daraus genommene Lebenshaltungsziffer ankam.

Das Verhältnis zwischen Lebenshaltungskosten und Lohn — so wird man nach unseren Untersuchungen wohl konstatieren können, ist in Amerika ein weit günstigeres als bei uns. Schon an der bedeutenden Lohnsteigerung, die in Amerika seit 1913 eingetreten ist, haben wir das nachweisen können. Wir dürfen aber auch nicht mit einer Handbewegung an den Feststellungen Kurzinskis vorbeigehen, daß der amerikanische Arbeiter nicht doppelt so teuer, sondern nur 1½ mal so teuer lebt wie der deutsche; denn das ist, in Prozenten ausgedrückt, schon ein netter Unterschied.

Aus unseren Untersuchungen über Amerika läßt sich außerdem noch folgendes Fazit ziehen: Eine amerikanische Konkurrenz dürfte den deutschen Schuhfabrikanten nicht schrecken, denn die Schuhpreise liegen drüben sogar höher als bei uns. Zudem hat man in Deutschland, gegenüber Amerika, sehr an Lohn gespart.

Die unbestritten höheren Verdienste in Amerika resultieren aus der höheren Bezahlung des Einzelstückes an sich und anderseits, weil die Arbeit betriebstechnisch (große Arbeitsposten, Belieferung an den Arbeitsplatz usw.) dem einzelnen Arbeiter mehr erleichtert wird.

Die technische Leistungsfähigkeit in Amerika wird jedenfalls, rein äußerlich besehen, schon stark dadurch günstig beeinflußt, weil drüben schon viel mehr als bei uns der Großbetrieb vorherrschend ist. Vielleicht ist für die deutsche Industrie der Vorwurf nicht unberechtigt, daß sie ihre Kalkulationen dem am zeitgemäßesten arbeitenden Kleinbetriebe anpaßt. (Man denke an Firmensen, wo die kleinste Zwidfiliale neben dem modernen Großbetrieb noch mitkommen kann.) In Amerika besteht vielleicht doch der Zwang, fortgeschrittener, schärfer zu kalkulieren. Neben der anscheinend drüben in Amerika günstiger liegenden Rohstoffbeschaffung wird die innere technische Leistungsfähigkeit jedenfalls durch moderne fabrikatorische Ausrüstung (Reservemaschinen u. dgl.) und zweckmäßige Betriebsorganisation zu erreichen gesucht.

Alles in allem genommen: An der Arbeiterschaft in Deutschland liegt es nicht, wenn Amerika wirklich einen Vorsprung aufweisen sollte. Der Vorwurf der manuellen Benigerleistung des deutschen Arbeiters ist wohl sehr bequem, er geht aber an dem Kern der Dinge vorbei. Solche Vorwürfe, immer wiederholt, wirken auf die Arbeiterschaft nur verbitternd. Eine derartige Gedankenführung, nur an den Arbeitern sei alles gelegen, ist aber für die Industrie direkt schädlich, weil man dadurch schließlich den realen Notwendigkeiten und Erfordernissen nicht die gebührende Aufmerksamkeit zuteil werden läßt.

Advokatenrücksichtereien.

Anläßlich der Auseinandersetzungen über den Arbeitsgerichtsgesetzentwurf ist von den Organisationen der Rechtsanwälte nichts unterlassen worden, die Rechtsanwälte für die Gewerbegerichtsbarkeit in empfehlende Erinnerung zu bringen, ein Gebiet, auf dem man sie bisher gut entbehren konnte. Bei dieser Sache schaut aber der Eigennutz so sehr heraus, so dessen Verbeugung man zu einigen Advokatenkniffen greifen mußte.

Als ein solcher kniffischer Schlauer wurde die Frage aufgeworfen, ob die deutschen Gewerkschaften bei ihrem Mitgliederstand in dieser Frage kompetent seien, im Namen aller Arbeiter aufzutreten. Niemand anders, als die Rechtsanwälte brachten sich für die Vertretung der Interessen der Unorganisierten (wer lacht da!) in empfehlende Erinnerung. Den Paragraphenkundigen — die da sehr gut wissen, daß das Unternehmertum in den Handelskammern, Handwerkskammern, Innungen usw. ihre sogar rechtlich privilegierten Zwangsvertretungen besitzt — schien ganz unbekannt zu sein, daß es einen Paragraphen gibt, der den Gewerkschaften als der einzigen vorhandenen Institution, das Recht einräumt, die Arbeiterschaft zu vertreten, nämlich der Paragraph 165 der Reichsverfassung.

Die Argumentation der Zunftjuristen traf also nicht den Nagel auf den Kopf. Sie hat aber anscheinend anderen, in geistiger Bedrängnis lebenden Leuten auf der Verlegenheit geholfen. In einer Zeitschrift „Wirtschaftsfriede" (Organ eines selben Organisationsgebildes, dem allerdings nichts weiter als die Mitglieder fehlen) kann der von den Rechtsanwälten angeknüpfte Faden weiter gesponnen. Von 23 Millionen Arbeitern und Angestellten seien nur ein Bruchteil organisiert. Mehrere Millionen Arbeiterstimmen seien auf die Parteien von rechts entfallen. Die Mitgliederangaben der Gewerkschaften seien anzuzweifeln. Schließlich wird von hunderten von Unorganisierten dieses Jahr, die unter dem „Zwang eines Tarifvertrages" stürben, der mit den Gewerkschaften vereinbart ist.

Wir haben es bisher unter unserer Würde gehalten, wegen der verschrobenen Ergüsse selber Zwischengebilde mit dunklem Hintergrund, viel Zeit und Raum zu verschwenden. Auch heute denken wir nicht daran, auf den von jenen verzapften Unsinn einzugehen. Die Sache erhält nur ein sonderbares Gesicht dadurch, daß Herr Dr. Girkes, Syndikus des rheinischen Schuhfabrikantenverbandes, es für gut befunden hat, diesen „wirtschaftsfriedlichen" Artikel als Zyklar an die Schuhfabrikanten zu verschicken.

Wir haben uns vergeblich gefragt, was Herrn Dr. Girkes veranlaßt hat, gerade dieses Papier zu verbreitigen. Will er vielleicht damit den Schuharbeiter-Organisationen die Kompetenz streitig machen als die Vertreter der Arbeiterschaft aufzutreten??

Das wäre allerdings eine Patentlösung. Zunächst entziehen sich die Dinge wohl aber noch dem geistigen Einfluß jener sogenannten „Wirtschaftsfriedlichen", über die bei den Arbeitern längst das Urteil gesprochen ist.

Wie es einem Schuhmachergesellen heute auf der Wanderschaft ergehen kann.

Vom Reichsverband des deutschen Schuhmacherhandwerks wird folgender sehr bezeichnende Vorfall mitgeteilt:

Im Gerichtsgefängnis zu Werden wurde dieser Tage ein sich auf Wanderschaft befindender Schuhmachergeselle F. aus München eingeliefert und 14 Tage in Haft behalten. Derselbe hat nach seinen zu Protokoll genommenen Angaben in dieser Zeit 47 Paar Schuhen und Stiefel, 1 Paar neue Stiefel sowie sonstige weitere Reparaturen gemacht. Er erhielt für diese Arbeit von zwei Wochen einen Lohn von 2.16 ℳ und eine Fahrkarte von Werden nach Kassel. Unter diesen gemachten Arbeiten waren Damenlaufschuhe, Kinder- und auch Herrenstiefel. Als Besitzer des Schuhzeugs wurden angegeben Herr Landesgerichtsdirektor Lindemann, der gleichzeitig 4 bis 5 Paar Schuhe auf einmal brachte. Auch der Gefängnisinspektor Schrader kam Sonnabend, 5 Uhr nachmittags, mit ein Paar Damenschuhen, welche gleich fertiggestellt werden sollten, dabei schrieb die Hausordnung vor, daß nach 5.15 Uhr jede Arbeit aufhört, da um 5.30 Uhr alle Gefangenen in ihrer Zelle sein müssen. Als Extragratifikation erhielt der Schuhmachergeselle ff. Zigarren und Zigaretten durch die Beamten zugestellt, die er auch rauchen durfte. Sie wurden ihm gegeben, damit er jedem seine Schuhe zuerst nähiche. Auch über die festgesetzte Zeit hinaus mußte er arbeiten, und zwar an einzelnen Tagen bis 10, sogar bis 10.30 Uhr abends.

Ein Gefängnisdirektor meinte zu ihm in lakonischer Weise: „Schade, daß Sie nicht einmal eine größere Sache machen, Sie könnten hier ein halbes Jahr Arbeit haben, denn der Gerichtsbesitz ist groß." Wir müssen diese Worte so auffassen, daß die Beamten anscheinend gern ihre notwendigen Schuhreparaturen und ev. Neubestellungen bei in Haft befindlichen Schuhmachern anfertigen ließen.

Unter diesen Umständen, so sagt die obengenannte Stelle weiter, wird es klar, wie für das ehrbare um seine Existenz ringende Schuhmacherhandwerk die Arbeit verschwindet. Wir können daher mit aller Richtigkeit sagen, daß ein Teil unserer Arbeit in die Gefängnisse wandert und von dorther große Not droht. Wir Schuhmacher fordern schon immer, daß der Staat allen Beamten einen auskömmlichen Lohn zuschert, daß dafür aber auch solche Arbeiten grundsätzlich verboten werden. Unser Verband wird beim Reichsverband des deutschen Handwerks und bei der preußischen Regierung vorstellig werden, um auf schnellstem Wege Abhilfe zu schaffen und somit einen großen Teil der Not des Handwerkerstandes zu lindern."

Messe der Schuh- und Lederwirtschaft zu Berlin.

Das Berliner Messe-Amt bringt soeben den Prospekt der vierten Messe der Schuh- und Lederwirtschaft zum Versand, die in der Zeit vom 24. bis 26. Januar 1926 im Haus der Textilindustrie am Kaiserdamm zu Berlin stattfindet. Zu gleicher Zeit wird, nach einstimmigem Beschluß des Arbeitsausschusses, die dritte Fachmesse der deutschen Bekleidungsindustrie in den beiden anderen Berliner Ausstellungshallen abgehalten.

Haltet auch in der Zeit der Not den Verband hoch!

Die ungeheure Ausdehnung der Arbeitslosigkeit in den Industriezentren, deren weitere Ausdehnung noch befürchtet werden muß, geht zu ernsten Ueberlegungen Veranlassung. Im Stillegungsfieber, welches das Unternehmertum erfaßte, wurde auf die Arbeiter zum Teil ein brutaler Druck ausgeübt. Viele, ja selbst langjährig Tätige wurden brotlos gemacht. Nach monatelanger Kurzarbeit vielfach nun auch noch eine Periode voller Arbeitslosigkeit!

Die kapitalistische Wirtschaftsweise entwickelt sich nach besonderen Gesetzen, wobei der Arbeiter in schlimmen Zeiten immer der schwer Leidtragende ist. Und dennoch muß die Arbeiterschaft gewarnt werden davor, zu verzagen oder gar zu verzweifeln. Es kommen wieder Zeiten, wo der Arbeiter gebraucht wird. Der Wirtschaftskampf im kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe ist ein Kampf in Permanenz, aber mit stets wechselnder Situation. Unser Kampf kennt keine Ruhrub-Pausen.

Deshalb darf der Arbeiter, auch der Arbeitslose, der die Zusammenhänge erkannt hat, die Organisation nicht vernachlässigen. Er muß zur Organisation stehen, damit bei der Wiederbelebung der Konjunktur deren Kraft sofort richtig ausgenutzt werden kann.

Die Vernachlässigung der Organisation wäre ein schwerer Fehler und müßte in großen Schaden umschlagen. Grade in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs darf die Arbeiterschaft keine Untätigkeit zeigen. Sie muß die Organisation, den Zusammenhalt pflegen.

Die Unterstützung durch den Verband beschränkt sich freilich nur auf das Maß des möglichen. Es bedeutet aber schon viel für den Zusammenhalt, wenn auch der Ausgesteuerte mit der Organisation Verbindung hält, sei es, um von Zeit zu Zeit sein Mitgliedbuch abstempeln zu lassen. Dieses In-Verbindung-Bleiben ist wichtig für den später neu aufzunehmenden wirtschaftlichen Kampf!

In der Zeit der Not ist der Verband nach seinen Kräften ein Freund der Bedrängten, ein Linderer der Not, unterstützt er jeden, der in Not gerät; **haltet ihn auch hoch für die Zukunft als Kämpfer für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei besserem Geschäftsgang!**

Ihr, die ihr arbeitslos seid, gelobt weiterhin dem Verbande die Treue, erkennt das Gute, das der Verband in der Zeit der Arbeitslosigkeit getan. Ihr, die ihr Kurzarbeiter seid, bleibt in der höchsten Klasse, sichert euch den Anspruch auf hohe Unterstützung, stärkt durch hohe Beitragsleistung die Kraft des Verbandes!

Dem Unternehmertum ist es bisher nicht gelungt, durch Massenaussperrung die verhaßten Verbände zu zertrümmern. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sollen jetzt die Arbeiterschaft mürbe machen, sollen sie dem Lohnabbau gefügig machen, das Gewinne der Unternehmer mehren helfen.

Das darf nicht sein. Es wird und kann nicht sein, wenn die Mitglieder untereinander Solidarität üben, dem Unternehmertreiben nach Zertrümmerung der Organisation den Arbeitnehmerwillen zur Stärkung des Verbandes gegenüberstellen, mit der Agitation unbrüchiger, ernster Aufklärung einsetzen, den letzten Kollegen dem Verbande zuzuführen.

Nicht schwach werden, nicht in Zeiten wirtschaftlicher Not der Gleichgültigkeit verfallen, Einigkeit und Geschlossenheit muß immerdar die Parole der Kollegen sein. Immer müssen die Mitglieder daran denken, daß, was auch kommen mag, die Arbeiterschaft auf sich selbst angewiesen ist, daß aber auch der einzelne willenlos dem vereinten Unternehmertum ausgeliefert ist und nur durch Einigkeit in der Gewerkschaft einen Machtfaktor darstellt, mit dem die kapitalistische Wirtschaft rechnen muß. In diesem Sinne gearbeitet und gestrebt, wird auch die Zeit der Wirtschaftskrise vorübergehen, und die Organisation mit verstärkter Macht sich in besseren Zeiten der eigentlichen Aufgabe — Verbesserung der Lohn und Arbeitsbedingungen — widmen können.

(Aus einem Gewerkschaftsbuch.)

Die Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit.

(J.G.B.) Der am 4. und 5. Dezember in Amsterdam abgehaltenen Sitzung des Ausschusses des Internationalen Gewerkschaftsbundes wohnten folgende Vertreter bei: A. A. Purcell (Vorsitzender), L. Jouhaux, C. Mertens und Th. Leipart (Vize-Vorsitzende), G. Hicks (England und Irland), G. Buisson (Frankreich), A. Stenhuis (Holland, Belgien und Luxemburg), ein Vertreter Italiens, A. Fabritt (Spanien und Portugal), R. Dreber (Oesterreich und Schweiz), P. Graßmann (Deutschland), R. Tayerle (Tschechoslowakei und Jugoslavien), H. Jacobsen (Skandinavien), S. Jaszai (Ungarn und die Balkanstaaten), E. Zulawski (Polen und die baltischen Staaten), Frank Hodges, Edo Fimmen, G. J. A. Smit Jr. (Internationale Berufssekretariate), J. Dudegeest, Joh. Sassenbach und J. W. Brown, Sekretäre des J.G.B.

Ausführliche Besprechungen fanden über die Frage des Anschlusses des Allrussischen Gewerkschaftsbundes statt. Bekanntlich wurden am 1. Dezember in London Besprechungen mit dem Generalrat des britischen Gewerkschaftsbundes abgehalten, um die Behandlung dieses Problems vorzubereiten. Aus dem Bericht des Vorstandes über diese Besprechungen geht hervor, daß der britische Gewerkschaftsbund jetzt wie früher auf dem Boden der Statuten und Grundsätze des J.G.B. steht und nichts anderes wünscht, als den Anschluß des Allrussischen Gewerkschaftsbundes auf dieser Grundlage herbeizuführen. Dieses Ziel meinten die englischen Kameraden auf Grund einer bedingungslosen Besprechung mit der russischen Landeszentrale herbeiführen zu können, während der Vorstand an einer Beitrittserklärung der Russen festhält. Es bestehen somit zwischen dem britischen Gewerkschaftsbund und dem Internationalen Gewerkschaftsbund in dieser Frage nicht prinzipielle, sondern ausschließlich taktische Meinungsverschiedenheiten. Nach äußerst freundschaftlichen Diskussionen wurde nachstehende, von Stenhuis unterbreitete Resolution mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen:

„Nach Kenntnisnahme des seit der letzten Ausschußsitzung im Februar mit den Russen geführten Briefwechsels und im Hinblick auf die in der jetzigen Sitzung geführten Diskussionen, bestätigt die Ausschußsitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 4. und 5. Dezember 1925 den im Februar 1925 gefaßten Beschluß und hält eine neue Entschließung für unnötig."

Der in der Februar-Sitzung des Ausschusses gefaßte Beschluß lautet wie folgt:

„Der vom 5. bis 7. Februar 1925 in Amsterdam tagende Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes,

nachdem er Kenntnis genommen hat von der Korrespondenz zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund und dem Allrussischen Gewerkschaftsrat, beauftragt den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dem Allrussischen Gewerkschaftsrat mitzuteilen, daß der Internationale Gewerkschaftsbund sich bereit erklärt, den Allrussischen Gewerkschaftsrat zuzulassen, wenn dieser Wunsch geäußert wird;

er erklärt sich ebenfalls bereit, sobald der Allrussische Gewerkschaftsrat diesen Wunsch zum Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund zur Kenntnis gebracht hat, auf Ersuchen in Amsterdam eine Konferenz mit dem Allrussischen Gewerkschaftsrat abzuhalten zwecks gegenseitigen Gedankenaustausches."

Die italienische fascistische Tyrannei.

In Italien hatten es die freigewerkschaftlichen Organisationen fertig gebracht, unbeschadet des dort herrschenden Terrors ihre Mitgliederzahl weit über die Vorkriegszeit zu steigern.

Das war den dortigen Gewaltherrschern schon lange ein Dorn im Auge. Vor kurzem wurde daher zwischen dem Industriellenverband und den faschistischen Korporationen folgendes vereinbart:

1. Der Industriellenverband erkennt die faschistischen Korporationen und die ihnen angeschlossenen Organisationen als die einzig bevollmächtigten Vertreter der Arbeiterschaft an.
2. Die faschistischen Korporationen erkennen den Industriellenverband und die ihm angeschlossenen Organisationen als die einzig bevollmächtigten Vertreter der Industrie an.
3. Alle das Verhältnis zwischen Industrie und Arbeiterschaft betreffende Streitfälle sind abzuschließen zwischen den vom Industriellenverband abhängenden Organisationen und den faschistischen Korporationen.
4. Die Betriebsausschüsse werden abgeschafft, ihre Tätigkeit wird übernommen durch die jeweilige örtliche faschistische Korporation, die sie aber ausschließlich der jeweiligen Betriebsleitung kommenden Industriellenorganisation gewähren auszuüben wird.

Durch diese Bestimmung sollten die Gewerkschaften ganz ausgeschaltet und für die faschistischen Korporationen ein Gewerkschaftsmonopol errichtet werden.

Dieses war aber nur der erste Schlag.

Ein noch viel schlimmerer Schlag gegen die freien Gewerkschaften ist nun durch das beliebte Attentat gegen ihr wohlwollendstes Oberhaupt durchgeführt worden. Nach den Bestimmungen im Versailler Friedensvertrag konnte den Arbeitern das gewährleistete Recht der freien Vereinigung auf legalem Wege nicht geraubt werden. Es wurde also der Zeitpunkt des fertigen Attentats benutzt zur Exzeßsteuer der Gewerkschaften. Sämtliche Bureaus der Gewerkschaften sind nunmehr von den Faschisten besetzt und die dortigen Beitragsgelder

leute, soweit sie nicht verhaftet oder ermordet, wurden ihrer Posten entsetzt.

Ueber die Faschistenherrschaft werden folgende Schreckliichkeiten berichtet:

An der ersten Periode verwüsteten die Faschisten die Bureaus der Gewerkschaften, stürmten die Journale in Brand und einquartierten viele Führer und Beamtenfunktionäre der Gewerkschaften. Die gewaltsame Methode führte nicht zu dem gewünschten Ziele. Die Vernichtung der Gewerkschaften konnte auf diesem Wege nicht erreicht werden.

Bei den nächsten Zielen zeigte sich, daß mit Parole der Faschisten nur ein geringer Bruchteil der Arbeiter Folge leistete; ausschlaggebend blieben die freien Gewerkschaften. In der Folge bedienten sich die Faschisten anderer Mittel: sie bemächtigten sich der Institutionen der organisierten Arbeiterschaft. Die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften wurden von den Faschisten mit Gewalt übernommen. Bei den Verbänden mit Kranken- und Arbeitslosenversicherung wurden die Bureaus besetzt und die Beiträge, schließlich auch die Gewerkschaftsbücher, die sich weigerten, wurden ausgeliefert, wurden gewaltsam entfernt oder vernichtet. Es gab von den Faschisten abgeschlossene Tarifverträge usw., die Arbeiter um ihre Meinung und Zustimmung nicht befragt; es wurde ihnen sogar verboten, sich über das Resultat zu äußern. In der Presse durfte über das Vorgehen der faschistischen Korporationen und Tarifbewegungen nichts erscheinen werden. An die Abhaltung von Versammlungen in geschlossenen Lokalen konnte sich keine Gewerkschaft mehr wagen. Die Beamtenstellen hatten zu gewärtigen, daß sie abgebaut werden, und der Wert, daß ihm das Lokal geschlossen wird. Die Zusammenkünfte erfolgten im geheimen.

Jetzt hat die faschistische Regierung einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der zur Eintragung jeder Vereinsgesetzer nur die nichtnationalen Gewerkvereine zuläßt. Der Terror wütet also noch schlimmer als in Deutschland unter dem Sozialistengesetz unrühmlichen Angedenkens.

Wenn es auch Mussolini noch nicht gelungen ist, so schreibt der Internationale Gewerkschaftsbund, die Sonne abzuschaffen, und das ganze Reich der Schwarzhemden in Schwarz zu tauchen, so ist es doch in Italien so dunkel geworden, daß nun jedes Beobachten möglich ist und sich alle Verbrechen, die die Faschisten, wie die Vögel in der Nacht verbrechen müssen, um nicht von faschistischen Mardern aufgespürt zu werden. Die letzten Reste der Freiheit sind ausgenommen worden: Die Unterstützungskassen, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterkammern und Gewerkschaftslokale sind von den Faschisten in Beschlag genommen und alle Gewerkschaften mit internationalen Verbindungen, d. h. alle freien Gewerkschaften, aufgelöst. Der kürzlich zwischen den faschistischen Gewerkschaften und den Unternehmern abgeschlossene Pakt ist zum Gesetz erhoben und die Arbeiter werden gezwungen, in die faschistischen Gewerkschaften einzutreten. Der Prefekt von Mailand hat sogar die große Vereinigung der Kaufmannsgehilfen aufgelöst und in einem Zirkulare, wo Neuerkinder zwei Sprachen lernen, hat der Ministerrat beschlossen, daß in den Elementarschulen nur noch in italienischer Sprache Unterricht erteilt werden soll.

In dem Maße aber, wie alle Mitteilungen politischen Inhalts aus Italien unterbunden werden und die oppositionelle und nichtfaschistische Presse mundtot gemacht wird, wächst das Interesse des Auslandes für die Vorkommnisse in Italien. Mit den wirklichen Nachrichten wächst der Abscheu der ganzen zivilisierten Welt vor den Faschisten und die Sympathie für die Opfer.

Es ist in Italien so dunkel geworden, daß der Morgen nicht mehr fern sein kann. Denn der Tag läßt sich nicht mit Gesetzesvorlagen wegregulementieren!

Josef Zitko gestorben.

Unsere österreichische Bundesorganisation hat einen schweren Verlust zu beklagen. Im Alter von 58 Jahren ist in Wien am 15. Dezember Kollege Josef Zitko einem längeren Leiden erlegen. Josef Zitko war einer der rührigsten und eifrigsten Mitglieder der Wiener Zahlstelle. Als Organisator hat er nicht nur in seiner engeren Berufsgruppe, der Oberteilarbeiter, sondern für die allgemeine Bewegung Bedeutendes geleistet. Als Gründer des Schuhmacher-Zuschneiderbundes und der Arbeitersportvereinigung für die Schuhindustrie erfreute er sich bei der Wiener Kollegenschaft größter Beliebtheit. Zitko bekleidete das Amt eines Krankenkassenverwalters. Von der Kollegenschaft war er mit der Betretung der Organisation bei der Gewerkschaftskommission Oesterreichs betraut.

Wir haben den Kollegen Zitko als rührigen und eifrigen Menschen, als warmen Freund der Arbeitersache, auch auf internationalen Tagungen kennen gelernt. Mit den österreichischen Organisation beklagen wir beshalb den herben Verlust.

Mitteilungen.

Frankfurt a. O.

Es erscheint wieder einmal nötig, unsere Verbandsorgane in Anspruch zu nehmen, denn wüßten die Kollegen wohl besser, daß der ohne in bester Ordnung sei. Von Anfang dieses Jahres bis Oktober war auch hier gute Beschäftigung. In Oktober aber ging Hochdruck los. Ueberstunden wurden viel gemacht. Sonntags wurde geschuftet. Daß das die Verbandsleitung etwas davon wußte, wurde die Arbeit im Betriebsrat gemacht. Und warum? Weil der Kollegium nach der Geschäftsstunde das ganze Jahr verschrieben hatte und die Kollegen darauf berechtigt sind. Eine Woche für die nächste Mal. Jetzt wird in allen Betrieben bis Ende Oktober fleißig gearbeitet. Ein Kollegium, ein sehr junger Herr, hat es fertig gebracht, seinen neuen Kollegen am 23. Dezember zu kündigen, ohne die Zustimmung des Betriebsrates. Auch an Weihnachten gearbeitet. Daß es jetzt traurig war, die Kollegen und Kolleginnen ist, kann ein jeder begreifen. Was die Betriebsrat hier seine Kräfte schöpfen muß, muß ich hier nicht erklären. Jetzt Leitung haben, ist nicht am Platze, denn es wird noch die Zeit kommen, wo wir unsere Mittel brauchen um unsere Löhne zu erhalten. Jedenfalls bleibt dem Verbande treu und habt eure Beiträge regelmäßig, damit die Unterstützer, keinen Mangel zu leiden haben.

Daß die Arbeiter in Lohn in der Lage waren, ihren Arbeitern noch etwas werden bezahlen zu können ist auch klar, denn wieder nehmen sie die Mieten und seine Autos anschaffen, Reisen und Geschäftsmaterialien zu bezahlen usw. — Doch nur aus dem Zweck der Arbeiter.

Genossen, Bezahlen ist freiwillig, aber es ist doch besser, wenn die Arbeiter so zu bezahlen, als ob sie nur mehr zu tanzen hätten, muß gelegt werden, daß das Uebersatzte fällt, gegen die Arbeiterschaft auch nach Kino hat. Etwas mag Kontrolleur in manchen Betrieben wäre da am Platze. Auch die Behandlung Kranken gegenüber läßt viel zu wünschen übrig. Hauptsächlich die Fabrikanten sind. Auch aber unsere Verbandsmitglieder muß etwas geleistet werden. Kollegen und Kolleginnen, es ist so in der letzten Zeit war, daß es nicht weiter geht, denn Kino war vor letzten Zeitungen. Unsere Mitglieder müssen es so ansehen, daß bei der Tagesordnung in Betriebsrat gesagt wird in Gewerkschaftsversammlungen, sie schickt das nur und das Verbandsmitglied hat das abzahlt. Mal kein Kollegen wirt, daß es damit im neuen Jahr anders wird, so daß ein jeder wieder ruhig und Arbeit hat, die Verbandsmitglieder zu besuchen. Gewerkschaftler müssen mit Schlechten bereden, damit wenn Stürme hereinbrechen, wir hieten gewachsen sind. Zurzeit Arbeitslosen und Kurzarbeiten wieder und wieder die Kollegen und Kolleginnen.

Bei der nächsten Betriebsrat möchten wir uns auch unserer alten Veteranen erinnern, die 25 und 40 Jahre ununterbrochen bei uns erwähnt sind. Wir Verbandsmitglieder in unsere Verbandsjubiläum folgende Beteiligen: 40 Jahre: A. Bernicke, R. Aust und J. Jäger; 25 Jahre: A. Peiter, 25 Jahre: A. Zwiermann, R. Wünsch, 25 Jahre: O. Hannemann, 25 Jahre: H. Jäger, 25 Jahre: O. Schulz, O. Grund, W. Schumann, O. Wirth, 25 Jahre: O. Schmidt, O. Hanni, A. Fischer, 25 Jahre: R. Hanne, A. Wenzel, C. Zucker, R. Becker, R. Miele, 25 Jahre: J. Wiese, R. Kühn, R. Bräuer, R. Kaltenberg, W. Gottschalk und O. Thiele.

Naumburg a. S.

Der „Gewerkverein der Schuhmacher (Hirsch-Dunckersche Richtung)" hatte mit dem Reichsverband der Schuhindustrie einen am 28. November eine Abmachung für Zeitzeuge [illegible] Naumburg. Die Abmachung ist nur wahrhaftig Mist, ihre Urheber und [illegible] das Thema sein, es drehte sich aber wohl mehr um politische und diplomatische Zwecke, denn daß der „Zeitzeuge" [illegible] Vorsitzender, Kassier, Zahlstellenleiter und Beisitzer ist, ist doch eine alltägliche Sache. Das Resultat der Verhandlungsgemeinschaft war eine Bombenversammlung von ist Naumburg. Davon waren aber Gewerkschaftsmitglieder und Nichtgenossen [illegible] Vertreter des Zentralvorstandes aus Naumburg, hier Genossen [illegible] Wir der Vertreter unseres Zentralverbandes. Mit der Vertretung der Hirsch-Dunckerschen Aber muß es also wohl [illegible] sein. Der Verhandlungsleiter von einem Meister, der Gewerkschaftsmitglied gewesen, die Hirsch-Dunckerschen operierte Herr Thiem mit einem Manuskripten [illegible] vom Reichsarbeitsministerium, in welchem auf [illegible] sein soll um Zeugen von Arbeitsmann [illegible] ein Monatsgehalten hat. Weiter Herr Zeitzeuge [illegible] Schmidt [illegible] Schmidt, Schmidt [illegible] Schmidt [illegible] Schmidt [illegible]